

# Eine Milliarde zusätzlich für den Straßenbau

## Berliner Zwischenruf Von Thomas Strobl

Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges. Ein hohes Wirtschaftswachstum, das Arbeit und Wohlstand schafft, ist ohne ein funktionierendes Verkehrssystem nicht möglich. Günther Oettinger hat im Juli mit „Baden-Württemberg 21“ den Durchbruch auf der Schiene geschafft. In der vergangenen Woche hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages 338,5 Millionen Euro für den Ausbau der Neckarschleusen zur Verfügung gestellt, die unserem Fluss auch als Wasserstraße eine Zukunft geben. Nun müssen neben der Schiene die Mittel für den Straßenbau aufge-

stockt werden. Hier besteht für Baden-Württemberg und die Region Heilbronn größter Nachholbedarf. Obwohl wir aufgrund zahlreicher bundesstaatlicher Ausgleichsmechanismen einen Solidarbeitrag von rund 20 Milliarden Euro im Jahr leisten, hat uns Rot-Grün mit dem Bundesverkehrswegeplan im Jahr 2003 nicht gerade verwöhnt. Auch die Mittel für unsere Region wurden auf ein Minimum beschränkt.

Die vollkommene Auslastung unserer Straßen macht sich inzwischen mehr als schmerzhaft bemerkbar. Baden-Württemberg droht den Verkehrsinfarkt zu sterben. Der Stop-and-go-Ver-

kehr und Bundesstraßen kosten nicht nur die Verkehrsteilnehmer Zeit und Nerven, sondern führen auch zu erheblich mehr Schadstoffemissionen und deutlich erhöhtem Energieverbrauch. Verkehrsteilnehmer, Umwelt und Wirtschaft werden gleichermaßen geschädigt.



Thomas Strobl

Der CDU-Parteitag hat deshalb auf meine Initiative hin den Beschluss „Wirtschaftlichen Aufschwung verstetigen – Mehr Investitionen in den Straßenbau“ gefasst. Die CDU will damit die Investitionen im Bundes-

haushalt dauerhaft um mindestens eine Milliarde Euro von 4,7 auf 5,7 Milliarden Euro für die Bundesfernstraßen erhöhen. Neben diesem Be-

schluss fordern wir den bedarfsge rechten Ausbau von noch bestehenden Autobahn-Engpässen von bisher vier auf sechs Streifen mit Standspur.

Baden-Württemberg als Bundesland mit der geringsten Arbeitslosigkeit und einem Spitzen-Wirtschaftswachstums steht im Zentrum des Aufschwungs. Dem Verkehrsinfarkt in Zentrum würde die Lähmung der Ränder folgen. Daran können auch die anderen Bundesländer kein Interesse haben.

## Zur Person

Thomas Strobl (geb. 1960), im Wahlkreis Heilbronn direkt gewählt, ist seit 1998 CDU-MdB, seit 2005 Vors. des Bundestags-Geschäftsordnungsausschusses und Generalsekretär der Landes-CDU.